

Der Forschungsprozess im Projekt Transform'Action

Dieses Dokument greift die folgenden Punkte auf:

1/ Wie sind wir vorgegangen, um Fragestellungen zu erarbeiten, die für den Aufbau einer Recherche genutzt werden könnten?

2/ Welche Überraschungen und Fragen ergaben sich aus diesem Vorgehen?

1/ Wie sind wir vorgegangen, um einen Forschungsprozess zu initiieren?

Ein französisch-österreichisches Tandem erstellte einen individuellen Fragebogen. Die Teilnehmenden der einzelnen Seminare konnten diesen Fragebogen allein oder in im Rahmen eines Interviews beantworten. Die Ergebnisse wurden als Teil der Evaluation jeder Seminarwoche in La Coume und Bockum geteilt und diskutiert.

Die Workshops, der informelle Austausch und die Auswertungen während der Seminare haben Fragen aufgeworfen, die in dieses Dokument einfließen.

2/ Überraschungen und Fragen, die aus diesem Prozess hervorgehen

Folgende überraschenden Aspekte und Fragen haben sich während der Seminare ergeben:

- a) Sehr unterschiedliche und komplementäre Ideen/Verständnisse von „Partizipation“.
- b) Praktiker:innen, die sich in ihrem Alltag von der Theorie weit entfernt fühlen.
- c) Ein Wunsch, Themen zu bearbeiten, die mit der Verteidigung der Demokratie zusammenhängen.

Sehr unterschiedliche und komplementäre Ideen/Verständnisse von „Partizipation“.

Die Umfrage, der Austausch und die Präsentationen haben sehr unterschiedliche Vorstellungen und Definitionen von Partizipation aufgezeigt. Die gemeinsamen Elemente sind folgende:

- Partizipation setzt einen kollektiven Ansatz voraus.
- Partizipation ist eher ein Mittel als ein Ziel.
- Wenn man partizipative Ansätze umsetzt, dann um eine Veränderung zu ermöglichen (wobei diese Veränderung von den Teilnehmenden unterschiedlich interpretiert wird: das Zusammenleben stärken, mehr kollektive Emanzipation, mehr Solidarität, mehr Gleichheit, mehr Gerechtigkeit, die Demokratie lebendig machen...).

„Partizipation“ ist je nach kulturellem Hintergrund der Teilnehmenden mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen verbunden (unter ‚Kultur‘ verstehen wir hier verschiedene Aspekte der Identitätsbildung: geografisches Gebiet, Interventionsfeld, Berufsausbildung usw.). Diese Vielfalt hat zu belebten Diskussionen geführt.

Ein Diskussionspunkt betraf die Frage, ob Partizipation mit einem Prozess der sozialen und politischen Transformation verbunden werden sollte oder nicht. Dies verwies insbesondere auf die Frage nach den Zielen der Partizipation. Es wurden mehrere Fragen aufgeworfen:

- Inwiefern haben die von uns durchgeführten Ansätze eine transformative Zielsetzung? Was streben wir an?
- Was ist Partizipation: ein Selbstzweck? ein Mittel? ein Werkzeug?
- Wer passt sich wem an? Sind unsere Ziele eher auf die Menschen ausgerichtet (dass sie informiert, geschult und in der Lage sind, sich zu beteiligen)? und/oder auf die Strukturen und Organisationen

(dass sie in der Lage sind, sich anzupassen, um die Partizipation aller zu ermöglichen)? und/oder auf die öffentliche Politik?¹

Die belgischen Partner, die eine Philosophie der „éducation permanente“ vertreten, haben den Begriff der Emanzipation in den Vordergrund gestellt². Dieser bezieht sich auf eine Analyse der bestehenden Abhängigkeits- und Machtverhältnisse (und auf eine Hinterfragung der Abhängigkeits- und Machtverhältnisse, wenn man einen partizipatorischen Ansatz umsetzen möchte).

Die Teilnehmenden stellten nur wenige Verbindungen zwischen den Begriffen Partizipation und Inklusion her, obwohl die Verbindung bei der Vorbereitung des Projekts erwähnt wurde. Eine Hypothese wäre, dass der Begriff der Inklusion an sich komplex ist und auf den Ausschluss verweist. Diese Begriffe miteinander in Verbindung zu bringen, setzt voraus, dass man die Beziehungen der Ungleichheit angesichts von Partizipationsangeboten hinterfragt. Hier findet sich die von Marion Carrel vorgeschlagene Analyse der verschiedenen Arten der Partizipation wieder, insbesondere der Bürgerbeteiligung und der konstruierten Partizipation (die eine ungleiche Behandlung voraussetzen kann).³ Dies bedeutet auch, die Vielfalt/Homogenität der Gruppen zu hinterfragen, an die sich die Fachleute für Partizipation wenden.

Auch die Verbindung zwischen Partizipation und Demokratie war bei den Fachleuten für Partizipation sehr unterschiedlich. Die Betonung der Demokratie wurde vor allem von den deutschen und österreichischen Partnern hervorgehoben (was sich auch dadurch erklären lässt, dass der deutsche Partner im Bereich der Demokratiebildung angesiedelt ist).

Je nach Teilnehmenden wurden die Verbindungen zwischen „Partizipation“ und den Begriffen sozialer Wandel, Inklusion, Demokratie und Emanzipation bewusst gemacht, unterstützt, weggelassen, gefordert....

Die Art und Weise, wie die Seminarwochen gestaltet wurden, in einer Art, bei der sich jede:r einbringt, indem er:sie etwas anderes vorschlägt, das für die anderen Sinn ergibt, konnte dazu beitragen, sehr unterschiedliche Ansätze hervorzuheben.⁴

Da wir Akteure mit sehr unterschiedlichen Hintergründen und Kulturen waren (Demokratiebildung, éducation populaire, soziokulturelle Animation, Sozialarbeit usw.), konnten wir feststellen, dass wir Fragen der Partizipation mit impliziten Annahmen bearbeiten, die es wert sind, erforscht zu werden, um zu einer gemeinsamen Konstruktion zu gelangen. Die Zeit reichte nicht aus, um diese impliziten Annahmen zu erforschen. Wir können hier die Hypothese aufstellen, dass diese sehr unterschiedlichen Verständnisse des Begriffs der Partizipation zu Spannungen und Missverständnissen führen konnten. Es ist qualitative Zeit erforderlich, um einen Prozess des gegenseitigen Kennenlernens und Verstehens zwischen diesen verschiedenen „Kulturen“ zu erleben.

Diese Art von Begegnung würde das Bewusstsein für extrem unterschiedliche und komplementäre Praktiken zwischen den verschiedenen Ländern und verschiedenen professionellen & bürgerschaftlichen Kulturen schärfen, die auf unterschiedlichen Paradigmen beruhen:

- Bürgerbeteiligung und Demokratieförderung
- Éducation populaire
- Partizipation und Kampf gegen Ausgrenzung

¹ Diese Ziele sind nicht so zu lesen, dass sie sich gegenseitig ausschließen, sondern können zu Überlegungen führen, die Raum für Komplementarität lassen.

² Diese wird durch eine Lesart der Gesellschaft definiert, die besagt, dass Emanzipation bedeutet, aus allen Beziehungen der (politischen) Herrschaft, der (kulturellen) Entfremdung und der (wirtschaftlichen) Ausbeutung auszubrechen. Partizipative Ansätze zielen also auf eine Bewusstmachung dieser Situationen und damit auf einen ganzen Prozess.

³ Marion Carrel - Armut, Staatsbürgerschaft und Partizipation. Quatre positions dans le débat sur les modalités d'organisation de la „participation des habitants“ dans les quartiers d'habitat social von Marion Carrel - Herausgegeben von Groupe de recherche et d'échanges technologiques, Wissenschaftliche Leitung

⁴ Cf: Gruppendynamik: Die Tatsache, dass man mit Menschen zusammen ist, die man nicht kennt, und die Herausforderungen, alle in die Gruppe zu integrieren, führen dazu, dass die ersten Elemente, die sich herauskristallisieren, eher darin bestehen zu zeigen, dass man wie die anderen ist. Unterschiede treten nicht von Anfang an auf

Praktiker:innen, die sich von den Theorien der Partizipation & der partizipativen Demokratie weit entfernt fühlen.

Die Teilnehmenden hoben hervor:

- Eine Schwierigkeit, wissenschaftliche Artikel zu nutzen.
- Die fehlende oder geringe Nutzung von theoretischen Konzepten,
- Wenig Kenntnisse der Literatur über Partizipation und partizipative Demokratie (oder veraltete Referenzen, z. B.: Skala der Partizipation).⁵
- Die Notwendigkeit, in einer Gruppe zu sein, um einen Forschungsansatz zu verfolgen oder sich mit Analysen und akademischen Arbeiten zu befassen.

Aus der Umfrage ging hervor, dass die Fachkräfte einen praxisorientierten, aber wenig oder keinen theoretischen Ansatz haben.

Theorien, die mit *éducation populaire*, Demokratiebildung, Pädagogik oder Didaktik zu tun haben, werden verwendet, aber ohne von den Personen, die sie anwenden, bewusst wahrgenommen zu werden.

Es lassen sich mehrere Hypothesen aufstellen:

- Ein Wunsch, sich von einem schulischen pädagogischen Modell zu lösen, das zu Machtverhältnissen führt.
- Ein Wunsch, von der Erfahrung auszugehen, um dann zur Konzeptualisierung überzugehen.
- Prägung durch aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen, die zu einer stärker technisch orientierten Herangehensweise an die Praxis führen, die sich auf konkrete Werkzeuge/Methoden konzentriert.
- Schwierigkeiten, sich mit wissenschaftlichen Texten zu befassen: zu komplex, keine Priorität, Zeitmangel

Mehrere Fachkräfte gaben an, sich eher in der dritten Hypothese wiederzuerkennen.

Dies warf in der Gruppe, die sich mit den Forschungsfragen befasste, folgende Frage auf: Wie soll man handeln, wenn man keine theoretischen Referenzen zur Verfügung hat? Wie kann man sich in einen kollektiven Emanzipationsprozess einbringen?

Es wurde eine Hypothese vorgeschlagen: Die Distanz zu theoretischen Analysen würde die Begeisterung für konkrete Werkzeuge/Methoden erklären. Es besteht jedoch die Gefahr, dass diese von dem Zweck, aus dem sie verwendet werden, losgelöst werden.

⁵ Ein Vorschlag wäre, anhand von Quellen wie der Frankfurter Erklärung von 2015: „Für eine kritische und emanzipatorische politische Bildung“ zu reflektieren.

(<https://core.ac.uk/download/pdf/276125162.pdf>)

Aus dem deutschsprachigen Raum gibt es in diesem Zusammenhang es einen interessanten theoretischen Ansatz aus dem Bereich der politischen Bildung. Die Kritische Politische Bildung versteht sich als eine Ausrichtung, welche versucht den Lernenden gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge zu vermitteln um damit gesellschaftliche Phänomene, wie beispielsweise Rassismus oder Sexismus, verstehen, einordnen und bearbeiten zu können. Hauptaugenmerk ist hier immer auf die Frage einer demokratischeren Ausgestaltung von gesellschaftlichem Zusammenleben. Es geht also um die Analyse und Dekonstruktion von Macht- und Herrschaftsverhältnissen vor dem Hintergrund von Partizipation. Die Grundlagen dieses Ansatzes können in der Frankfurter Erklärung nachgelesen werden (https://akg-online.org/sites/default/files/frankfurter_erklaerung.pdf). Die Zielgruppe beziehungsweise das Handlungsfeld beschränkt sich dabei nicht nur auf den formalen schulischen Bereich, sondern umfasst auch Bereiche darüber hinaus.

Dieser Ansatz ist ein vielversprechender Ansatz, der nicht nur einige der in den Seminaren artikulierten Anliegen widerspiegelt, sondern auch ähnliche Ansprüche verfolgt, wie beispielsweise Fragen der einer Demokratisierung und Ausweitung gesellschaftlicher Teilhabe.

Als Einführung in die Thematik bietet sich die Ausgabe « Kritische Politische Bildung » der *polis* aktuell 2024/08, einem Magazin für Lehrende der Politischen Bildung aus Österreich (https://www.politik-lernen.at/dl/LnotJMJKomMMnJqx4kJK/pa_8_24_web_pdf).

Dies wirft auch Fragen zu den Arbeitsbedingungen und der Notwendigkeit auf, etwas produzieren zu müssen. Das Risiko bestünde hier darin, sich nur in einem praktischen Bereich zu bewegen (das Gegenteil, sich nur in einem theoretischen Bereich zu bewegen, stellt ebenfalls ein Risiko dar, die Verbindung zu einem Ziel der sozialen Transformation zu verlieren). Die Hypothese ist, dass es für die Arbeit an politischen und/oder bürgerschaftlichen Themen wichtig ist, den Blickwinkel verschiedener Akteure zu kreuzen.

Ein Wunsch, Themen zu bearbeiten, die mit der Verteidigung der Demokratie zusammenhängen

Trotz dieser Feststellungen und einer großen Vielfalt an Profilen und Kulturen konnten während des Projekts gemeinsame Feststellungen zu Fragen bezüglich des europäischen politischen Kontextes getroffen werden.

Unsere Hypothese wäre, dass das Engagement oder die politischen Orientierungen der Teilnehmenden einen gemeinsamen Sinn haben. Sie projizierten ein kompatibles Gesellschaftsideal.

So entstand eine Frage in Verbindung mit einem spezifischen Kontext: „Tragen partizipative Ansätze zum Kampf gegen (Rechts)extremismus bei?“

Die Tatsache, dass sie in einem gemeinsamen Raum auf den Aufstieg des Rechtsextremismus zu sprechen kamen, ermöglichte es einem Teil der Teilnehmenden, eine stärkere Legitimität zu führen, in ihrem kollektiven Raum zu intervenieren.

Die Frage nach der Verteidigung der Demokratie zu stellen, würde bedeuten, an der Bewusstmachung der Werte zu arbeiten, die wir tragen, sowie unserer sozialen und politischen Rolle.